



Polen - Pressespiegel 26/2025 vom 26.06.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Donald Tusk hat keine politische Erzählung mehr*
- *Die Bauernpartei PSL wird bei den nächsten Wahlen unabhängig antreten. Dies ist die Entscheidung des Generalrats der Partei*
- *Die Linke und die Bauernpartei PSL streiten über die Vereinfachung von Scheidungen. Das Verteidigungsministerium und das Landwirtschaftsministerium kritisierten den Entwurf*
- *IPN [Institut für Nationales Gedenken] ohne einen neuen Präsidenten? Es könnte ein Problem mit seiner Auswahl geben*
- *Der Krieg in unseren Köpfen*
- *Was hört man aus Russland? Die Niederlage der Ayatollahs könnte Putins Pläne zunichte machen*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Donald Tusk hat keine politische Erzählung mehr



Quelle: kulturaliberalna.pl

Die Vision, die die Zentristen einst für Polen hatten, war nachvollziehbar und entsprach den Bedürfnissen des gewöhnlichen Menschen. Im Jahr 2025 hat Donald Tusk weder eine Erzählung über Aufstieg und Aspiration, noch Figuren, die einen solchen Aufstieg symbolisieren könnten. Dieses Problem wird selbst der beste Regierungssprecher nicht lösen können.

Von **Adam Traczyk**

Nach der Niederlage von Rafał Trzaskowski und der gewonnenen Abstimmung beim Vertrauensvotum für die Regierung von Donald Tusk bleibt das Regierungslager in der Krise. Im Sejm sprach der Premierminister zu jenen, die sich in ihrer Identität klar von der PiS abgrenzen, dem Rest hatte er wenig anzubieten. Nach anderthalb Jahren des Dahintreibens der Koalition des 15. Oktober muss sich das politische Zentrum die Frage stellen, ob es den Polinnen und Polen, die sich nicht eindeutig mit ihm identifizieren, bis zur Parlamentswahl 2027 überhaupt etwas anzubieten haben wird?

Auf überzeichnete, karikaturhafte Weise war es nicht Rafał Trzaskowski, sondern seine Parteikollegin Kinga Gajewska, die im Wahlkampf ein solches „Angebot“ machte. Die wohlhabende Abgeordnete der Bürgerkoalition besuchte ein Alten- und Pflegeheim und überreichte einem der Bewohner mit einem Lächeln im Gesicht einen Sack Kartoffeln. Das Foto, das Gajewska selbst in den sozialen Medien veröffentlichte, wurde zwar schnell wieder gelöscht, aber noch schneller wurde es zum viralen Symbol für die Realitätsferne der privilegierten liberalen Elite. In diesem Bild steckten Verachtung, Entmenslichung, Unverständnis, Respektlosigkeit und eine klare Botschaft: Das Beste, worauf das Volk vonseiten der Elite hoffen kann, ist pharisäisches Mitleid und eine bescheidene Almosenspende.

Die unterschätzte „warme Wasser aus dem Hahn“-Politik

Und doch war es nicht immer so. Man muss nur auf die Jahre 2007 bis 2011 zurückblicken, in die Zeit der ersten Regierung von Donald Tusk. Die damals gezeichnete Konfliktlinie zwischen einem „solidarischen“ und einem „liberalen“ Polen verstellt uns heute oft den Blick auf diese Perspektive. Doch das damals viel belächelte „warme Wasser aus dem Hahn“ war ein Versprechen wirtschaftlicher Stabilität und ein Ausdruck der Sorge um die Belange gewöhnlicher Menschen. Nach dem moralischen Verfall unter Leszek Millers Regierung und dem politischen Chaos der ersten PiS-Regierung stand das „warme Wasser“ für ein anderes Polen. Ein besseres Polen, eines, das sich abhob von dem mit zwanzig Prozent Arbeitslosigkeit und maroden Straßen, in dem Auswanderung oft die beste, wenn nicht die einzige Lebensperspektive war.

Der „Politik des warmen Wassers“ stand damals eine Vision von beschleunigter Entwicklung zur Seite. „Lasst uns keine Politik machen, sondern Brücken bauen“. So lautete einer der Slogans der Kommunalwahlkampagne der PO im Jahr 2010. Das war kein leeres Schlagwort, sondern die Ankündigung eines Aufbruchs. Wenn nicht direkt in die Moderne, dann doch zumindest in Richtung europäischer Standards und Ambitionen. Und mehr noch, diese Vision wurde zu großen Teilen Realität. Wenn wir in unseren qualitativen Umfragen Polinnen und Polen fragen, worauf sie in Bezug auf ihr Land stolz sind, antworten sie: die Infrastruktur. Nicht selten sogar besser als die in Westeuropa.

Es ist daher kein Zufall, dass die PiS im Jahr 2015 mit dem Slogan „Polen in Trümmern“ gegen die PO-Regierung ins Feld zog. In der Politik sind die wirksamsten Angriffe oft jene, die gezielt auf die Stärken des Gegners abzielen. Heute ist das Echo der einstigen Erzählung der Bürgerplattform zum Beispiel bei Politikern und Aktivisten des regierungskritischen Bündnisses „Ja zum Zentralen Flughafen“ (Tak dla CPK) zu hören, sie argumentieren, dass Fortschritt keine Parteifarbe kennt.

Kleinspielfelder, die EM und das „Bolzen mit den Freunden“

Die Vision Polens, wie sie die Zentrumsparteien entwarfen, war nachvollziehbar, klar und nah an den Bedürfnissen gewöhnlicher Menschen. Und sie hatte erkennbare Symbole. Auf lokaler Ebene waren das die sogenannten Orliks, kleine, moderne Sportplätze mit Kunstrasen, die überall im Land gebaut wurden. Was nach einer Kleinigkeit klingt, zeigte in Wirklichkeit, dass der Staat handlungsfähig war. Verlassene oder verwahrloste Flächen wurden in gepflegte, kostenlose öffentliche Sportanlagen verwandelt, ein sichtbares Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger: Polen verändert sich, und zwar für euch. Auf übergeordneter Ebene war die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft 2012 das Symbol, das diese Entwicklungsphase abrundete, ein Moment nationalen Stolzes und internationaler Anerkennung.

Aber auf seine Weise war auch Donald Tusk selbst ein Symbol dieser Epoche, er betonte seine Herkunft aus einfachen Verhältnissen, distanzierte sich von den Eliten und „bolzte mit den Freunden“, die volkstümlichste Art des Sporttreibens. Obwohl Tusk an der Spitze stand, zeigte er, dass er den Bezug zu den einfachen Menschen nicht verloren hatte, sowohl auf persönlicher Ebene als auch in seiner Politik. Selbst wenn er zur Elite gehörte, war es eine aufgestiegene Elite. Doch heute ist Tusk nicht mehr der Junge aus den Plattenbausiedlungen aus Danzig, sondern ein ehemaliger Premierminister, Präsident des Europäischen Rates und Weltbürger.

Tusks ideenloses Treiben im Wind

Im Jahr 2025 hat das liberale Zentrum weder eine Erzählung über Aufstieg und soziale Mobilität noch Figuren, die einen solchen Aufstieg symbolisieren könnten. Bei den Präsidentschaftswahlen setzte es zwar auf seinen „besten Sohn“, doch wie sich zeigte, war dieser Politiker für viele zu perfekt und dadurch zu fern. Eine intellektuelle Familie, Ausbildung an den besten polnischen Universitäten, prestigeträchtige Auslandsstipendien, mehrere Fremdsprachenkenntnisse und eine vorbildliche politische Laufbahn. Obwohl Trzaskowski weit entfernt ist vom Elitarismus Gajewskas, erzählt seine Geschichte nicht von einem Aufstieg, sondern davon, von Geburt an der gesellschaftlichen Spitze anzugehören. Wie ganz anders verlief dagegen das Leben von Karol Nawrocki, der, trotz mancher dunklen Kapitel in seiner Biografie als ein polnischer „Self-Made-Man“ gelten kann, der dank harter Arbeit an die Spitze gelangte.

Die Rede des Premierministers vor der Vertrauensabstimmung zeigte hingegen deutlich das ideenlose Treiben im Wind, in dem sich die Zentristen befinden, unsicher in Zielen und Methoden ihrer Politik. Aus dieser Orientierungslosigkeit resultiert das Fehlen einer zusammenhängenden Erzählung, wodurch es der Regierung so schwerfällt, überzeugend von den Erfolgen ihrer Koalition zu berichten. Diese Erfolge gleichen verstreuten Perlen, die niemand zu einer einzigen Kette auffädeln kann. Ein Problem, das selbst der beste Regierungssprecher nicht lösen wird.

Es scheint, dass sich Donald Tusk dieses Defizits bewusst ist. Deshalb bringt er von Zeit zu Zeit „große“ Ideen in die öffentliche Debatte ein, wie die Piasten-Doktrin oder die Ausrichtung der Olympischen Spiele. Das Problem dabei ist jedoch, dass diesen Ideen keine Taten folgen. Es fehlt an Konsequenz und intellektueller Fundierung, sodass diese Visionen nur Fata Morganas bleiben, die kurzzeitig die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit fesseln. Die EM 2012 war der Höhepunkt eines bestimmten Prozesses, Olympische Spiele hingegen können nichts anderes sein als ein einmaliger Impuls, weil kein entsprechender Prozess dahintersteht.

Und bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Auch auf der rechten Seite der politischen Bühne fehlt es derzeit an einer großen Idee. Die Regierungszeit hat die PiS ausgelaugt, und die Wählerinnen und Wähler haben Jarosław Kaczyńskis Partei aus gutem Grund in die Opposition geschickt. Genauso, wie sich zuvor Tusks Erzählung vom Brückenbauen statt Politikmachen erschöpft hatte. Aber es ist nun einmal nicht die Rechte, die heute regiert, und deshalb kann sie für das politische Zentrum auch kein Alibi sein.

Es braucht eine bessere Erzählung

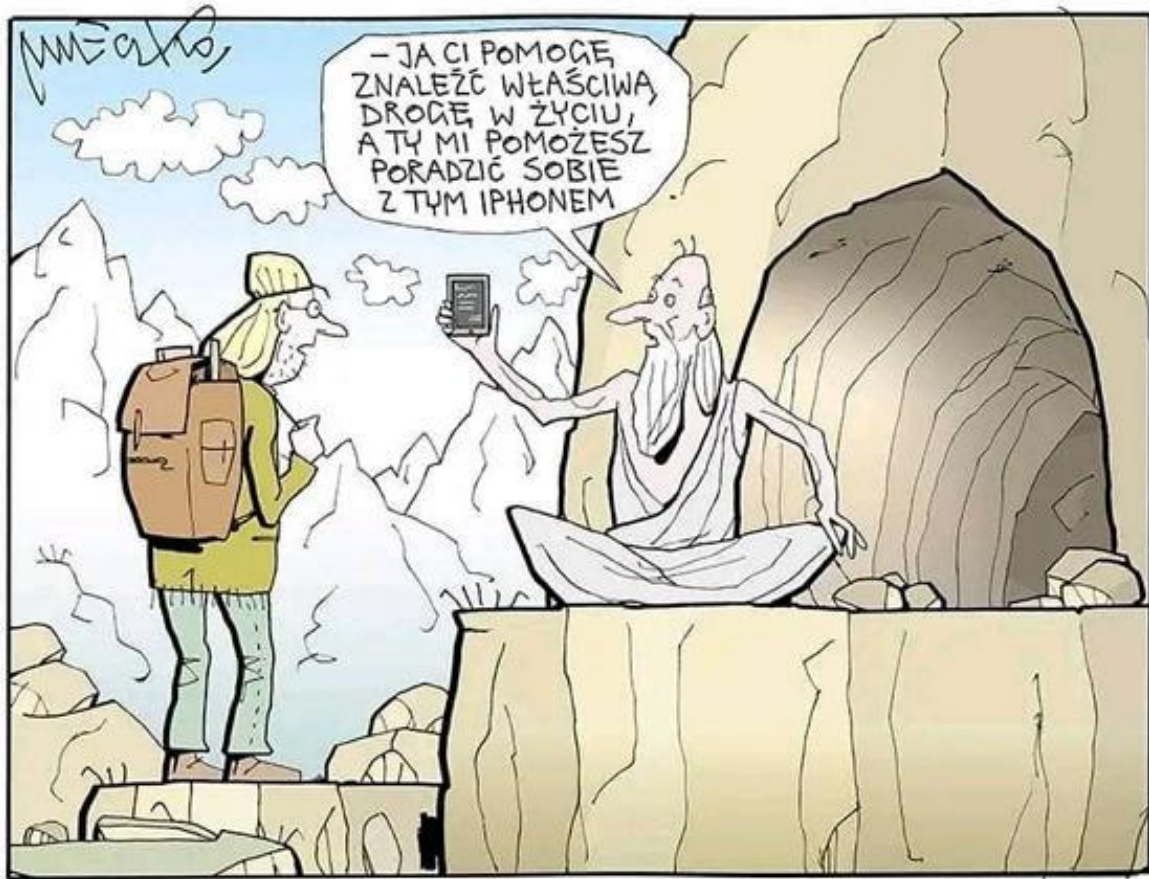
Ja, die Regierung stützt sich auf eine schwierige, in sich widersprüchliche Koalition ideologisch unterschiedlich ausgerichteter Parteien, von konservativen Christdemokraten bis zur progressiven Linken. Dieses Bündnis hat viele Einschränkungen. Doch maßvoller Fortschritt im Rahmen des Rechtsstaats muss nicht nur effizient umgesetzt, sondern auch besser erzählt werden.

Haben Sie vom Premierminister gehört, dass Polen kürzlich um 36 Hektar gewachsen ist, dank des neuen Umschlagterminals im Hafen von Danzig? Oder dass in Zeiten einer dramatischen demografischen Krise ein Hoffnungsschimmer im In-vitro-Programm liegt, an dem 34.000 Paare teilnehmen? Oder dass in der Ostsee ein gigantischer Windpark mit über 100 Turbinen entsteht, der 2,5 Millionen Menschen mit sauberem und günstigem Strom versorgen wird?

Wenn die Regierung nicht einmal versucht, eine Geschichte von einem starken, wachsenden Polen zu erzählen, das für seine Bürgerinnen und Bürger sorgen kann, dann wird sie das oben beschriebene ideenlose Treiben nicht stoppen. Und nach der nächsten Wahl könnte das Ruder eine Koalition aus PiS und Konfederacja übernehmen.

Zsfg.: AV

<https://kulturaliberalna.pl/2025/06/16/donald-tusk/>



www.mleczko.pl

**ICH HELFE DIR, DEN RICHTIGEN WEG IM LEBEN ZU FINDEN,
UND DU HILFST MIR, MIT DIESEM IPHONE FERTIG ZU WERDEN**

Zsfg.: AV

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Die Bauernpartei PSL wird bei den nächsten Wahlen unabhängig antreten. Dies ist die Entscheidung des Generalrats der Partei



Quelle: wyborcza.pl

Von **Iwona Szpala**

„Bis zu den Parlamentswahlen sind erst in zwei Jahren. Wir wissen nicht, was bis dahin passieren wird. Aber wir müssen schon jetzt Vorbereitungen treffen“, erklärt ein wichtiger PSL-Politiker gegenüber der „Wyborcza“ die Entscheidung, die Wahlkampfkooperation mit der Partei von Szymon Hołownia zu beenden.

Die PSL setzt ihr gemeinsames Projekt des Dritten Weges mit Polen 2050 im Hinblick auf die Wahlen aus. Die Präsidentschaftswahlen waren die letzte gemeinsame Stichwahl zwischen der Bauernpartei und der Partei von Hołownia. „Diese Entscheidung wurde am Mittwoch auf dem Generalrat der PSL getroffen. Die Parteiführung hat beschlossen, dass wir bei den nächsten Wahlen unter eigener Flagge antreten“, so ein wichtiger Volkspolitiker, der an den Beratungen teilnahm.

Im Sejm hatten die beiden Parteien, die den Dritten Weg bilden, getrennte Fraktionen. Auch bei den Verhandlungen mit Ministerpräsident Donald Tusk über die Regierungsumbildung wurden sie als getrennte Einheiten behandelt, sodass es auch hier keine Änderung geben wird.

Paszyk: Die Zeit der Entscheidung ist eine Zeit der Rückbesinnung auf Werte

Offiziell hat die PSL diese Entscheidung noch nicht bekannt gegeben. Der Minister für Entwicklung und Technologie, Krzysztof Paszyk, schrieb jedoch auf dem Portal „X“: „Die Zeit der Entscheidung ist die Zeit der Rückbesinnung auf Werte - unser Kompass, wenn die Welt in ihren Grundfesten erschüttert wird. Auf

der heutigen Sitzung des PSL-Generalrats sprechen wir über die Zukunft: die Koalition, den Dritten Weg, Polen. Wir sind nicht auf der Suche nach Abkürzungen. Wir suchen nach Lösungen.“

Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt Szymon Hołownia, der von Polska 2050 und der PSL unterstützt wurde, 4,99 Prozent der Stimmen. Die jüngsten Umfragen für die Parteien sehen den Dritten Weg bei etwa 5 Prozent der Wählerstimmen - deutlich unter der Hürde für eine Koalition (8 Prozent), und der Dritte Weg trat bei den Parlamentswahlen 2023 als Koalition an. Die Kandidatur als Ein-Parteien-Liste führt zu einer niedrigeren Hürde (5 Prozent), bedeutet aber auch, dass der gesamte Zuschuss nach der Wahl nur einer Partei zufließt.

Hołownia:

Am späten Abend kommentierte der Vorsitzende von Polska 2050, Szymon Hołownia, die Entscheidung der PSL:

„Die Entscheidung des Generalrats unseres Koalitionspartners PSL, das Projekt Dritter Weg tatsächlich zu beenden, wird mit Verständnis und Dankbarkeit aufgenommen. Verständnis, weil wir uns auf eine Serie von vier Wahlen geeinigt haben. Dankbarkeit, weil wir unsere gegenseitigen Verpflichtungen eingehalten haben, und Loyalität und Vertrauen sind in der Politik von grundlegender Bedeutung.“, schrieb er auf dem ‚X‘-Portal, „Und die Aussicht, bei der nächsten Wahl unabhängig anzutreten, gibt uns heute ein Gefühl aufrichtiger politischer Freude.“

Hołownia betonte, dass der Nationalrat von Polska 2050 am 28. Juni die Liste der politischen Prioritäten der Partei bestätigen werde. Diese sind, so Hołownia, die „Entkopplung von Unternehmen, wirklich öffentliche Medien, erschwinglicher und zugänglicher Wohnraum und digitale Sicherheit für unsere Kinder“.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,32032185,tylko-na-wyborcza-pl-psl-w-nastepnych-wyborach-startuje-samodzielnie.html#s=S.TD-K.C-B.4-L.1.duzy>

Die Linke und die Bauernpartei PSL streiten über die Vereinfachung von Scheidungen. Das Verteidigungsministerium und das Landwirtschaftsministerium kritisierten den Entwurf



Quelle: wyborcza.pl

Die PSL protestierte gegen den vom Justizministerium vorbereiteten Entwurf, der vorsieht, dass eine Ehe außergerichtlich aufgelöst werden kann. Ihrer Meinung nach würde eine solche Regelung „die Ehe zu einer Scheininstitution machen“.

Der vom Justizministerium vorbereitete Entwurf zur Novellierung des Familien- und Vormundschaftsgesetzbuchs zielt darauf ab, die Möglichkeit einer außergerichtlichen Auflösung der Ehe (außergerichtliche Scheidung) in das polnische Recht einzuführen.

Einfacheres Scheidungsverfahren

Laut dem Entwurf sollen die Schritte zur Auflösung der Ehe vor einem Standesbeamten erfolgen. Im Fall polnischer Staatsbürger, die im Ausland leben, können die entsprechenden Schritte auch vor einem polnischen Konsul unternommen werden.

Wie Wirtualna Polska berichtete, stimmen die von Politikern der PSL geführten Ministerien, das Verteidigungsministerium, das Ministerium für Entwicklung und Technologie sowie das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, der Erleichterung eines solchen Scheidungsverfahrens nicht zu. In einem Schreiben im Rahmen der Ressortabstimmung kritisierte das Verteidigungsministerium den Entwurf mit der Begründung, dass die vorgeschlagenen Änderungen zu einer noch höheren Zahl von

Scheidungen führen würden.

WP zitiert ein Schreiben eines der Ministerien, in dem es heißt, dass „die Ehe durch administrative Maßnahmen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ihre Eigenschaft der Beständigkeit verlieren wird, eine Eigenschaft, auf der die Familie aufbaut, die wiederum besonders vom Staat geschützt werden sollte.“ Weiter argumentiert das Ministerium: „So sehr die Entbürokratisierung mancher Bereiche des Alltagslebens gerechtfertigt und erwünscht ist, so sehr wird sie im Fall der Institution Ehe negative gesellschaftliche Folgen haben und die Ehe zugleich zu einer Scheininstitution machen.“

Biejat attackiert die PSL

Die Vizepräsidentin des Senats, Magdalena Biejat (Linke), erklärte, dass die PSL „der Hauptbremsen jeglicher Veränderungen“ sei. Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin erläuterte, dass die im Justizministerium vorbereitete Lösung eine Erleichterung darstelle für den Fall, dass „ein Ehepaar sich einvernehmlich trennen möchte und keine minderjährigen Kinder hat“. „Anstatt ein halbes Jahr auf einen Scheidungstermin zu warten, den ganzen langen Prozess durchzumachen, zusätzlichen Stress zu erleben, könnten sie sich einfach beim Standesamt scheiden lassen“, sagte Biejat in einem auf YouTube veröffentlichten Video.

Biejat erklärte, dass das Landwirtschafts- sowie das Verteidigungsministerium Einwände gegen den Entwurf vorgebracht hätten, und spottete, das seien „zwei ausgesprochen berufene Ministerien, um sich zu Ehe und Familie zu äußern“.

Vizepremier Władysław Kosiniak-Kamysz, dem Vorsitzenden der PSL, erinnerte Biejat daran, dass er sich selbst von seiner Frau habe scheiden lassen. „Aber was passt ihm denn an dem Projekt nicht? Dass Scheidungen zu einfach werden? Versteht ihr das? Ich nicht. Ich rate Minister Kosiniak-Kamysz nur eines: Er soll uns in Ruhe lassen, unsere Ehen, unsere Scheidungen und sich lieber mit der Leitung der Armee beschäftigen, denn ich habe gehört, dass ihm nicht gerade gut gelingt“, sagte Biejat.

Miłosz Motyka von der PSL bezeichnete ihren Kommentar als „erbärmlichen persönlichen Angriff“ und fragte spöttisch nach, ob Biejat tatsächlich der Meinung sei, dass die Armeeführung schlecht sei. „Wenn Sie über die Situation solch ein 'Wissen' haben, wundert es mich nicht, dass sich euer Klub geschieden hat, ich meine: aufgelöst hat“, schrieb Motyka auf X.

Am Mittwoch verteidigte der Sejmmarschall Szymon Hołownia (Polska 2050) Władysław Kosiniak-Kamysz. Er erklärte, dass die Reaktion der Vize-Senatsmarschallin Magdalena Biejat „unnötig übermäßig emotional“ gewesen sei.

„Dem Premierminister Kosiniak-Kamysz vorzuwerfen, er solle sich besser um das Militär kümmern, weil er dort angeblich versage, ist unter einem gewissen Niveau. Kosiniak-Kamysz tut wirklich alles für unsere Sicherheit. Und dass wir mit der PSL bei gesellschaftspolitischen Fragen unterschiedliche Auffassungen haben, ist keine Neuigkeit. Aber ich falle nicht im Rahmen der Koalition über die PSL her, sondern sage: Hört mal, macht doch eigene Vorschläge“, sagte Hołownia.

Zwei Phasen der Auflösung einer Ehe

Laut dem Entwurf der Gesetzesnovelle soll das außergerichtliche Scheidungsverfahren zwei Phasen umfassen. Es endet mit dem Eintrag eines ergänzenden Vermerks über die Auflösung der Ehe in die Heiratsurkunde durch den Standesbeamten.

Zudem sollen die Ehepartner frei wählen können, bei welchem Standesamt in Polen sie das Verfahren durchführen möchten. Voraussetzung ist das vollständige und dauerhafte Scheitern der ehelichen Gemeinschaft, das beide Ehepartner durch entsprechende Erklärungen bestätigen müssen. Von der außergerichtlichen Scheidung ausgeschlossen sind jedoch Paare mit gemeinsamen minderjährigen Kindern.

Im Gesetzentwurf heißt es außerdem, dass „selbst, wenn eine Möglichkeit zur außergerichtlichen Auflösung der Ehe besteht, es unbestritten bleibt, dass Ehepartner, die ihre Beziehung beenden möchten,

jederzeit weiterhin die Möglichkeit haben, den traditionellen Weg über ein gerichtliches Verfahren zu wählen“.

Die geplanten Änderungen sehen vor, dass in Ausnahmefällen eine außergerichtliche Scheidung durch ein Gerichtsurteil für nichtig erklärt werden kann. Zu solchen Umständen zählen bestimmte Mängel im Willensbekundungsverfahren der Ehepartner bei der Erklärung ihres Scheidungswunsches gegenüber dem Standesbeamten, etwa wenn die Willenserklärungen fehlerhaft oder ungültig waren. Ebenfalls kann eine Scheidung für nichtig erklärt werden, wenn sich nachträglich herausstellt, dass die Ehepartner zum Zeitpunkt der Erklärung gemeinsame minderjährige Kinder hatten.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,32034486,lewica-i-psl-spieraja-sie-o-latwiejsze-rozwody-projekt-skrytykowal.html#s=S.index-K.C-B.1-L.1.duzy>

IPN [Institut für Nationales Gedenken] ohne einen neuen Präsidenten? Es könnte ein Problem mit seiner Auswahl geben



Quelle: interia.pl

Von **Kamila Baranowska**

Kurz und bündig:

- Karol Nawrocki wird das Institut des Nationalen Gedenkens nicht mehr leiten, wenn er Präsident wird, was ein neues Auswahlverfahren für den Präsidenten der Einrichtung erforderlich macht.
- Die Auswahl eines neuen IPN-Präsidenten könnte sich aufgrund der derzeitigen Zusammensetzung des Kollegiums des Instituts und der politischen Differenzen im Sejm und im Senat schwierig gestalten, was zu einer Pattsituation zu führen droht.
- Vorübergehend wird das IPN von Vizepräsident Prof. Karol Polejowski geleitet, aber es gibt verschiedene politische Szenarien für die Wahl eines ständigen Präsidenten, einschließlich eines möglichen parteiübergreifenden Kompromisses.

Am sechsten August wird **Karol Nawrocki** offiziell als Präsident vereidigt. Mit der Übernahme des Präsidentenamtes wird er formell nicht mehr Präsident des **Instituts des Nationalen Gedenkens** sein. Karol Nawrocki ist seit 2021 im Amt und seine gesetzliche Amtszeit endet 2026.

Zum ersten Mal in der Geschichte haben wir jedoch eine Situation, in der der **Vorsitzende des IPN** sein Amt aufgrund seiner Wahl zum Präsidenten der Republik Polen aufgibt.

Dies wirft eine Reihe von Fragen auf. Wer wird die Institution nach dem Umzug von Karol Nawrocki in den Präsidentenpalast leiten? Wird es eine vorgezogene Wahl eines Präsidenten geben? Wer ist der wahrscheinlichste Kandidat für das Amt des Präsidenten? Und was ist, wenn die Wahl aus politischen Gründen nicht stattfindet?

Institut für Nationales Gedenken ohne Präsident. Was sagen die Regeln?

Beginnen wir mit der Gesetzgebung. Die Tätigkeit des Instituts für Nationales Gedenken wird in erster Linie durch das **Gesetz über das Institut für Nationales Gedenken** und die **Verwaltungsverfahrensordnung** geregelt.

Das Gesetz über das IPN stellt klar, dass der Präsident dieser Einrichtung vom Sejm mit Zustimmung des Senats auf Vorschlag des **Kollegiums des Gedenkinstituts**, das einen Kandidaten aus seinen Reihen vorschlägt, ernannt und entlassen wird.

Es sieht so aus, als ob die derzeitige Regierungskoalition durch den Sieg von Nawrocki bei den Präsidentschaftswahlen die Chance erhalten hat, das IPN vor 2026 zu übernehmen und einen eigenen Präsidenten zu wählen. Immerhin verfügt die Koalition des 15. Oktober über eine Mehrheit im Sejm und im Senat.

Dies wäre in der Tat der Fall, wenn da nicht die Tatsache wäre, dass eine Nominierung, bevor sie im Parlament abgestimmt werden kann, vom Kollegium des IPN ausgewählt werden muss. Dabei handelt es sich um ein beratendes Gremium, das dem Präsidenten des IPN untersteht. Das Kollegium besteht aus neun Mitgliedern: zwei werden vom Präsidenten ernannt, fünf vom Sejm und zwei vom Senat. Und genau hier liegt das Problem.

Von den derzeit neun Mitgliedern des Kollegs wurden sieben von Präsident Andrzej Duda und der Parlamentsmehrheit aus der Zeit der PiS-Regierung ernannt. Es sind Prof. Jan Draus, Prof. Andrzej Nowak, Prof. Wojciech Polak, Prof. Mieczysław Ryba, Prof. Tadeusz Wolsza, Bronisław Wildstein und Krzysztof Wyszowski.

Die beiden anderen Mitglieder, die vom Senat (in dem die damalige Opposition und die heutige Regierungspartei 2021 die Mehrheit hatte) formell ernannt wurden, sind Prof. Grzegorz Motyka und Dr. Bartosz Machalica.

Wahl des neuen IPN-Präsidenten. Eine Patt-Situation

Angesichts dieses Kräfteverhältnisses scheint die Situation eine Pattsituation zu sein. Das Kollegium hat einen ausreichenden Vorteil, um seinen Kandidaten zu wählen, aber die Koalition vom 15. Oktober hat eine Mehrheit im Sejm und im Senat. Diese Koalition wiederum hat nicht die Macht, dem Kollegium die Wahl ihres Kandidaten aufzuzwingen.

„Das Kollegium der Gedenkstätte hat gemäß den Vorschriften 30 Tage Zeit, um das Auswahlverfahren für den neuen Präsidenten einzuleiten. Das Auswahlverfahren besteht aus zwei Phasen: Zuerst müssen die formalen Voraussetzungen erfüllt und die entsprechenden Unterlagen eingereicht werden, dann findet eine öffentliche Anhörung der Kandidaten statt. Dann wird im Kollegium abgestimmt und der Kandidat, der eine Mehrheit erhält, wird dem Sejm und dem Senat vorgestellt“, erklärt Dr. Rafał Leśkiewicz, Sprecher des IPN, in einem Interview mit Interia.

Was geschieht, wenn der Sejm und der Senat sich nicht auf den vom Kollegium benannten Kandidaten einigen können? Dann beginnt das Auswahlverfahren von neuem. Interessanterweise ist in den Vorschriften nicht geregelt, wie oft ein solches Auswahlverfahren durchgeführt werden kann. Theoretisch kann es also unbegrenzt oft durchgeführt werden.

Zumal die derzeitigen Mitglieder des Kollegiums 2023 für eine siebenjährige Amtszeit ernannt wurden, so dass der Stillstand bei der Auswahl eines neuen Präsidenten andauern könnte.

Wer wird das Institut für Nationales Gedenken zu diesem Zeitpunkt leiten?

„Es gibt immer einen stellvertretenden Präsidenten, der die rechtliche Befugnis hat, Dokumente zu unterzeichnen, die Angelegenheiten des Instituts zu verwalten und verbindliche Entscheidungen zu treffen. Dies ist rechtlich so konzipiert, dass eine Lähmung des Instituts nicht möglich ist“, betont Dr. Leskiewicz.

Nach Angaben von Interia wird **Prof. Karol Polejowski**, Historiker, Museologe und Mitarbeiter von Karol Nawrocki, der noch aus seiner Zeit am Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig stammt, die Leitung des **IPN** nach dem Ausscheiden von Karol Nawrocki übernehmen.

Tatsache ist jedoch, dass der Posten des Leiters des IPN ein politisch gieriger Happen bleibt. Es handelt sich um eine Institution, die mehr als 2.500 Mitarbeiter beschäftigt und über ein Budget von rund 600 Mio. PLN verfügt.

Die Zukunft des IPN. Politische Szenarien

Innerhalb der PiS wurde in Anbetracht verschiedener Szenarien die Frage gestellt, ob sich nicht eine Mehrheit für die Wahl eines neuen IPN-Präsidenten finden ließe, wie dies bei Karol Nawrocki im Jahr 2021 der Fall war.

Damals hatte die PiS eine Mehrheit im Sejm, aber keine Mehrheit im Senat, so dass Nawrockis Wahl von PSL-Politikern unterstützt wurde. Könnte es jetzt wieder so sein? Sowohl ja als auch nein.

Zunächst müsste ein Kandidat gefunden werden, der sowohl für die PiS als auch für die PSL akzeptabel wäre. Gespräche mit Politikern beider Parteien deuten darauf hin, dass dies möglich wäre.

[...]

Zsfg.: JP

<https://wydarzenia.interia.pl/kraj/news-ipn-bez-nowego-prezesa-moze-byc-problem-z-jego-wyborem,nld,21842469>

Der Krieg in unseren Köpfen



Quelle: [interia.pl](https://www.interia.pl)

Von **Jarosław Kuisz**

Die Welt auf den Bildschirmen verwandelt sich in einen permanenten Krieg. Niemand achtet mehr darauf, dass es gefährlich ist, sich an Szenen der Gewalt zu gewöhnen.

Der Luftschlagabtausch zwischen Israel und dem Iran hält an. In den Nachrichten liegt der Fokus meist auf Berichten über getötete Soldaten oder Wissenschaftler. Kaum jemand beachtet, dass wir auf den Bildschirmen einen weiteren Krieg live mitverfolgen.

Kameras verfolgen den Abschuss von Raketen und Drohnen über Hochhäusern. Wenn ein Geschoss durchkommt, sehen wir die Explosion. Feuer, dichte Rauchschwaden. Schließlich landen Videos im Internet, die getötete und verletzte Personen zeigen. Erste Hilfe, Transporte in Krankenhäuser und Leichenhallen.

Wir vergessen beinahe, dass solche Szenen noch vor Kurzem mit schwarz-weißen Fotografien assoziiert wurden. Mit der Geschichte von früher. Und mit Menschen aus einer „vergangenen Epoche“, aus der wir uns nach 1989 mühsam zu befreien versuchten. Mit großer Anstrengung. Es ist keineswegs so, dass die 90er-Jahre ein Zeitalter naiven Optimismus gewesen wären. Das ist ahistorischer Unsinn. Das Jahr der Umbrüche beginnt schließlich mit dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, danach folgen der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, die Kriege in Tschetschenien, der Völkermord in Ruanda.

Wenn man nach 1989 von etwas sprechen konnte, dann von einer Richtung des Wandels, mit der gewisse

Hoffnungen verbunden waren. Doch auch das sollte man nicht überhöhen. Diese postkommunistische Hoffnung starb schnell.

Genau dieses Jahr jährt sich in Kürze zum 30. Mal eine polnische Geste, an die sich natürlich niemand erinnert. 1995 protestierte der ehemalige Premierminister Tadeusz Mazowiecki gegen die Untätigkeit angesichts des Völkermords in Srebrenica. Der Appell an das Gewissen der Menschen bei den Vereinten Nationen hatte keinerlei Wirkung gezeigt. Aus Protest legte der polnische Politiker sein internationales Amt nieder. Eine bedeutende Geste, doch wie so oft in unserem Land blieb sie unbeachtet.

Tägliche Opfer eines Krieges

In der vergangenen Nacht wurden bei einem Drohnen- und Raketenangriff auf Kyjiw gleich 14 Menschen getötet. Seit dem militärischen Überfall Russlands auf die Ukraine sind Kriegsszenen ein fester Bestandteil unserer Umgebung geworden. Explosionen zerstören weiterhin Häuserblocks, identisch mit jenen in polnischen Städten. Gerade erst renovierte Häuser stehen in Flammen.

Und heute überlagern sich auf den Bildschirmen die Bilder der Zerstörung: Denn gleichzeitig, im Zeichen technischen Fortschritts, sehen wir live, wie das israelische Abwehrsystem im Jahr 2025 funktioniert. Wenn ein Geschoss jedoch durchkommt, trifft es schließlich eine moderne Stadt mit Bürogebäuden, Trümmer fallen auf Autos, die wir kennen. Menschen in Kleidung wie der unsrigen. Dieselben Automarken.

Auch die Bilder der Zerstörung aus Teheran sind unseren Augen nicht fremd. Die Globalisierung der Bilder wohnt längst in unseren Augen. Ebenso sind moderne Luftkriege und ihre Folgen tief in unseren Köpfen verankert. Wir haben aufgehört, uns zu wundern. Unsere Erinnerung verweist immer seltener auf Szenen aus dem Zweiten Weltkrieg, auf die bekannten Fotografien von 1939 oder 1944.

Die Welt auf den Bildschirmen verwandelt sich in einen permanenten Krieg. Sich an Szenen der Gewalt zu gewöhnen, ist gefährlich für die Zukunft, denn es führt zu allgemeiner Gleichgültigkeit. Doch unsere Sicherheit hängt davon ab, ob jemand auf Unrecht reagiert, ob uns jemand aus der Ferne zu Hilfe kommt, ob jemand bereit ist, Leben und Gesundheit zu opfern.

Verträge auf Papier reichen nicht aus, das wissen wir nur allzu gut. Selbst um die NATO am Leben zu erhalten, braucht es mehr: die menschliche Weigerung, das Böse hinzunehmen. Doch genau diese Weigerung löst sich auf im Strom der Gewaltbilder, gegenüber denen sich die Menschen machtlos fühlen. Dann triumphiert schlichtweg die Gleichgültigkeit.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-wojna-w-naszyc-glownach,nld,21828275>

Was hört man aus Russland? Die Niederlage der Ayatollahs könnte Putins Pläne zunichtemachen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Waclaw Radziwinowicz**

In Moskau wächst die Furcht vor den langfristigen Folgen eines Krieges Israels mit dem Iran.

Der Preis für ein Barrel Ural-Rohöl ist am 18. Juni auf 71,12 \$ gestiegen. Das sind 1,5 Dollar mehr, als der Kreml in seinem ursprünglichen Plan für den diesjährigen Haushalt vorgesehen hatte. Noch vor einem Monat sah die Lage für Moskau so düster aus, dass die optimistische Prognose auf 56 \$ gesenkt wurde, wobei man einen scheinbar unvermeidlichen Anstieg des Defizits in Kauf nahm.

Dank des Krieges Israels mit dem Iran kommt Moskau offenbar gut weg, so dass genug Geld für einen Krieg mit der Ukraine vorhanden sein dürfte.

Putins Staat will jedoch nicht die Rolle einer „Tankstelle mit Raketen“ übernehmen. Die Ambitionen des Staatschefs sind nicht auf die Ukraine, Georgien oder andere ehemalige UdSSR-Republiken beschränkt.

Israels Krieg mit dem Iran. Erleichterung für die russische Wirtschaft, Ärger für die internationale Politik
Die Jubelstimmung des Kremls wurde als erstes von wachsamem „patriotischen“ Z-Bloggern getrübt. Sie erinnern uns daran, dass der Iran ein „befreundetes“ Land ist, ja, eines der freundlichsten zu Russland. Ein wichtiger Pfeiler dessen, was Moskau als „Achse des Guten“ betrachtet, ein Mitglied der BRICS, der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, gleichzeitig gestärkt durch die Lieferung modernster russischer Luftabwehrsysteme.

Währenddessen sieht Russland einfach zu, wie israelische Bomber ungehindert über Teheran fliegen.

Apti Allaudinov, gleichzeitig Blogger und wichtiger Funktionär des Verteidigungsministeriums, fordert die sofortige Mobilisierung von mindestens einer halben Million Russen als Geste der Solidarität mit einem „strategischen“ (ab Januar 2025) Partner, der große Verluste erleidet.

Von größerem Gewicht ist sicherlich die Meinung von Konstantin Zatulin, einem wichtigen Duma-Abgeordneten, einem nationalistischen Politiker, der sich durch den Mut auszeichnet, seine eigene Meinung zu vertreten und zu äußern, was in Moskau selten ist.

Ihm zufolge „entwickelt sich die Situation in eine für Russland gefährliche Richtung“. Ein Regime, das Moskau freundlich gesonnen ist, ist in Gefahr. Das Nachbarland des Iran, Aserbaidshan, wird zwar von der israelfeindlichen Türkei zurückgehalten, erhebt aber Anspruch auf iranische Gebiete.

Zatulins Ansicht wird von der US-Tageszeitung Washington Post zitiert, die schreibt, dass in Russland die Angst wächst, nach Syrien einen weiteren wichtigen Verbündeten im Nahen Osten zu verlieren.

Zwei scharfsinnige Kommentatoren der offiziellen Medien, die wissen, woher der Moskauer Wind weht, schreiben ebenfalls über diese Befürchtungen: Mikhail Rostovsky vom Moskauer Komsomolt und Maksim Yusin vom Kommersant.

Letzterem zufolge könnte Moskau Benjamin Netanjahu für einen Angriff „dankbar“ sein, der den Preis seines wichtigsten Reichtums so günstig in die Höhe treibt. Dies wäre jedoch nur dann sinnvoll, wenn Russland sich bereit erklärt, als „Regionalmacht“ aufzutreten, die sich auf ihre Interessen und ihre unmittelbare Nachbarschaft konzentriert. ## Israel gegen Iran. Russland verliert einen Verbündeten im Nahen Osten

Dies ist jedoch nicht der Fall. Russland (oder, wie es zu verstehen ist, sein Führer) „betrachtet die Realität aus einem anderen Blickwinkel“, es versucht, die Weltordnung umzugestalten, in der es die Rolle des „Machtzentrums“ spielen würde. Es ist also klar, dass der israelische Krieg ein schwerer Schlag für diese Weltordnung ist, die Russland aufzubauen hofft, so der Kolumnist.

In der Tat spricht Putins Russland immer wieder von sich selbst als dem moralischen Führer des „globalen Südens“, in seinem Verständnis treu zu „traditionellen“ Werten, antidemokratisch, antiliberal und konservativ. Erst am Dienstag (17.06.) fand in der Duma eine Benefizveranstaltung für den Hofregisseur Nikita Michalkow statt, der die Parlamentarier eine halbe Stunde lang davon überzeugte, dass Russland der wichtigste und einzige Kämpfer gegen das westliche „globale Übel“, den Führer der unterdrückten Völker, ist.

Wenn das ultrakonservative Regime der iranischen Ayatollahs, das Moskau sehr am Herzen liegt, unter den Schlägen Israels zusammenbricht, wird auch die Säule der neuen Weltordnung, von der Putin träumt und die er mit großem Aufwand aufbaut, zusammenbrechen.

Und dies wird sich als ein weitaus größerer Verlust erweisen als der jüngste Sturz von Russlands Nahost-Liebling, dem syrischen Diktator Baschar al-Assad.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,32034655,co-w-rosji-piszczy-kleska-ajatollahow-moze-zniszczyc-plany.html#s=S.swiat-K.P-B.1-L.1.maly>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: wyborcza.pl

„Die Liberalen, die Verfechter von Freiheit und kluger Offenheit, haben Recht, aber sie haben kein Narrativ. Liberale Werte haben den Ländern der Europäischen Union die längste Friedensperiode in der Geschichte des Kontinents, und Polen einen mit Japan vergleichbaren Wohlstand beschert. Aber der Mensch von heute wählt nicht das Recht. Er wählt eine Person, die seine Sprache spricht. Er wählt eine Geschichte, die seine Ängste und Hoffnungen zum Ausdruck bringt. Er wählt eine Welt, die er sich vorstellen kann. Heute ist es jedoch leichter, ihn mit einer Vision der Welt zu erschrecken, als ihn zu verführen. Wenn wir nicht auf dieses Problem reagieren, wird die Freiheit verlieren.“

Marcin Matczak - Spezialist für Rechtstheorie und -philosophie, Professor an der Fakultät für Recht und Verwaltung der Universität Warschau

Quelle: <https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,32030018,marcin-matczak-prawica-zrozumiala-kto-i-jak-wygrywa-wybory.html#s=S.opinion-K.P-B.1-L.2.zw>

inforadio.de

Eine Frage des Vertrauens

<https://www.inforadio.de/rubriken/in-polen/2025/in-polen-eine-frage-des-vertrauens-tusk.html>

voxeurop.eu

Live | Polen – ein neuer Test für die europäische Demokratie?

<https://voxeurop.eu/de/event/live-polen-europaische-democratie/>

inforadio.de

Eine Frage des Vertrauens

<https://www.inforadio.de/rubriken/in-polen/2025/in-polen-eine-frage-des-vertrauens-tusk.html>

euronews.com

Polen erweitert die Grenzbarrieren zu Russland um Minenfelder

<https://de.euronews.com/my-europe/2025/06/18/polen-grenzbarriere-ostschild-russland-belarus>

forumdialog.eu

Polen und Deutschland – alles auf gutem Weg? Ein Gedankenanstoß

<https://forumdialog.eu/2025/06/17/polen-und-deutschland-alles-auf-gutem-weg-ein-gedankenanstoss/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus